

**Gemeindegesezt** Mit der Totalrevision sollen einige alte Gewohnheiten verschwinden

# Anreize auch finanzieller Natur

Der Regierungsrat unternimmt einen neuen Versuch, den Zusammenschluss kleiner Gemeinden zu fördern. Anreize in der Höhe von 20 bis 30 Millionen Franken sollen Widerstände abbauen helfen.

Alfred Borter

Die 171 Gemeinden im Kanton sind nach Ansicht des Regierungsrats zum Teil zu klein, als dass sie weiterhin selbstständig alle ihre Aufgaben gut erfüllen können. Mit einer Totalrevision des Gemeindegesezt wird nun ein weiterer Anlauf genommen, Gemeinden zu Fusionen zu veranlassen. Dem Kanton ist eine Vereinfachung der Gemeindestruktur einiges wert, wie Regierungsrat Markus Notter, Direktor des Innern und der Justiz, gestern bekannt gab. In zehn Jahren könnte der dafür nötige Betrag 20 bis 30 Millionen Franken erreichen.

Dabei kann man von den Erfahrungen profitieren, welche schon in Kantonen wie Bern, Luzern, Freiburg oder im Tessin gemacht worden sind. In der Regierungsrätlichen Vorlage für ein neues Zürcher Gemeindegesezt ist vorgesehen, dass der Kanton fusionswilligen Gemeinden nicht nur Beratung bietet, sondern auch finanzielle Anreize. Zum einen gibt es einen von der Einwohnerzahl abhängigen Grundbeitrag, zum andern einen Beitrag für arg verschuldete Gemeinden und drittens einen befristeten Beitrag für den Fall, dass eine Gemeinde ihren Steuerfuss wegen einer Fusion erhöhen müsste. «Damit fallen einige der Befürchtungen weg, welche bisher gegen Gemeindegesezt zusammenlegungen geäussert worden sind», hielt Notter fest. «Die Anreize sind für die jeweilige Situation massgeschneidert.»

## Gültige Fassung aus dem Jahr 1926

Das heutige Gemeindegesezt, das aus dem Jahr 1926 stammt, wird in zahlreichen Bereichen umgestaltet. «Das Leben hat sich seither stark verändert», erklärte Notter, dennoch sei der neue Vor-

schlag, der jetzt in die Vernehmlassung geschickt wird, nichts Revolutionäres, sondern eine Weiterentwicklung des bestehenden Rechts. «Wir haben nicht alles neu erfunden.» Leitgedanke sei gewesen, dass die Gemeinden ihre Aufgaben selbstständig, demokratisch, wirtschaftlich und rechtmässig erfüllen könnten.

## Obligatorische Urnenabstimmung

Wie Vittorio Jenni und Heinz Montanari vom Gemeindeamt ausführen, bestehen wesentliche Neuerungen darin, dass die Gemeindeversammlung zwar weiterhin für eine grosse Zahl von Geschäften zuständig bleibt, etwa beim Beschluss von Budget und Steuerfuss. Aber bei der Ausgliederung von Aufgaben, bei gemeindeübergreifenden Verträgen und bei Änderungen im Gemeindegebiet muss obligatorisch eine Urnenabstimmung stattfinden.

Das Mitwirkungsrecht der Stimmberechtigten wird unter anderem dadurch gestärkt, dass in Anlehnung an die Situation auf kantonaler Ebene die kommunale Volksinitiative möglich wird,

ebenso das Einreichen einer Einzelinitiative. Aber auch die Leitungsfunktion des Gemeindevorstands wird gestärkt, indem zum Beispiel die Schulpflege nicht mehr eigenständig Anträge an die Gemeindeversammlung stellen kann. Ausserdem wird die Rechnungslegung geändert, was zu einer besseren Transparenz des Gemeindehaushalts führen soll. Die Rechnungsprüfungskommissionen sollen gemäss Vorschlag der Regierung nur mehr für die finanzpolitische Prüfung zuständig sein, die finanztechnische Prüfung wird einem Fachorgan übertragen.

## Kontroversen zu erwarten

Nach Auskunft von Hanspeter Hülliger, dem Präsidenten des Gemeindepräsidentenverbands, sind in den Revisionsentwurf bereits einige Vorschläge der politischen Begleitgruppe eingeflossen. Zu einzelnen Vorschlägen seien aber durchaus noch kontroverse Diskussionen zu erwarten. Die Vernehmlassung läuft bis Ende März 2011, der Antrag der Regierung an den Kantonsrat soll noch 2011 erfolgen.

## Herbstwetter



(key)

## Golden allenthalben

Entfaltet der Herbst seine Pracht, dann ist er golden. Nach Tagen der Trübnis war es gestern wieder einmal so, wie das Bild aus Zürich zeigt. (zl)

## Schlieren



(key)

## Protest für mehr Lohn

Rund 100 Arbeiter haben gestern auf einer Baustelle in Schlieren eine «verlängerte Mittagspause» eingelegt. Sie protestierten gegen «das mickrige Lohnangebot für 2011», wie die Gewerkschaft Unia schreibt. Diese Woche seien in der Region Zürich weitere Protestaktionen geplant. Der Schweizer Baumeisterverband ist zu einer Lohnerhöhung von 0,6 Prozent bereit. Für Bauarbeiter mit tiefen Löhnen mache das gerade mal 26 Franken im Monat aus, rechnet die Unia vor. Die Gewerkschaften verlangen 150 Franken mehr Lohn. (sda)

**Fall München** Nach Benjamin D. bricht auch Mike B. sein Schweigen – Ivan Z. schweigt weiter

# Jetzt redet auch der zweite Goldküsten-Schläger

Die Mauer des Schweigens bröckelt: Am 19. Prozesstag gegen die drei «Goldküsten-Schläger» hat gestern ein weiterer Angeklagter geredet.

Lucien Scherrer

Als der Prozess gegen die Schläger von München am 8. März eröffnet wurde, schwiegen alle drei Angeklagten eisern. Trotz massiver Kritik hielten die Verteidiger der «Prügel-Schüler» Mike B., Benjamin D. und Ivan Z. auch in den 16 weiteren Verhandlungstagen an dieser Strategie fest – was den Prozess massiv verzögerte. Doch seit Benjamin D. seinen Anwalt gefeuert hat, ist die

Mauer des Schweigens am Bröckeln: Am 14. Oktober legte der ehemalige Schüler der Weiterbildungs- und Berufswahlschule Küsnacht (WBK) ein umfassendes Geständnis ab – und entschuldigte sich bei den fünf Passanten, die er am Abend des 30. Juni 2009 gemeinsam mit Mike B. und Ivan Z. grundlos zusammengeschlagen hatte. Damit setzte der 18-Jährige seine Kollegen massiv unter Druck: Er gab unter anderem zu, dass er den schwer verletzten Geschäftsmann Wolfgang O. getreten habe, aber «nicht so fest». Gegen den Kopf des Mannes habe ein anderer getreten. Wen D. belastete, ist nicht bekannt.

Sicher ist, dass sich am gestrigen 19. Verhandlungstag auch Mike B. entschlossen hat, zu reden. Der 18-Jährige aus Uetikon am See galt bisher als Haupttäter und hatte im Gegensatz zu

seinen Kollegen bereits während der polizeilichen Befragung geschwiegen. Wie das Oberlandesgericht München mitteilte, äusserte er sich zur Sache und lieferte «umfangreiche Angaben zu den Vorfällen am 30. 6. 2009». «Er hat ganz einfach erzählt, wie er die Sache erlebt hat», sagte Gerichtsschreiberin Margarete Nötzel gestern. Von einer Rolle als Rädelführer wollte Mike B. offenbar nichts wissen: Laut Nötzel erklärte er, die Prügel-Organie sei «aus einer Gruppendynamik heraus entstanden». Ob sich der ehemalige WBK-Schüler zu den lebensgefährlichen Fusstritten gegen Wolfgang O.s Kopf äusserte, wollte die Gerichtsschreiberin nicht sagen.

Klar ist, dass der Anwalt die Aussagen des 18-Jährigen nicht als «Geständnis im Sinne der Anklage» verstanden haben wollte. Die Staatsanwaltschaft

wirft den drei Goldküsten-Schülern gemeinschaftlich versuchten Mord und schwere Körperverletzung vor. Für eine Verurteilung wegen versuchten Mordes muss jedoch bewiesen werden, wer für die Tritte gegen den Kopf einzelner Opfer verantwortlich war.

## Schweigen bis zur letzten Minute?

Der dritte Angeklagte, Ivan Z. aus Stäfa, zog es auch gestern vor, zu schweigen. Über die Gründe wollte sich sein Anwalt gegenüber den Medien nicht äussern. «Das ist sein gutes Recht, aber er verzichtet damit auf Pluspunkte», kommentierte Gerichtsschreiberin Nötzel Z.s Verhalten. Der Ex-Schüler könnte seine Taktik allerdings noch im letzten Moment ändern, um Strafmilderung zu erhalten. Der Prozess wird am 11. November fortgesetzt.

**Uitikon** Sprayereien in der Gemeinde – Antifeministen treten Rückzug an

# Linksautonom gestörtes Landleben

Das erste Antifeminismus-Treffen in der Schweiz findet am Samstag an einem geheimen Ort statt und nicht wie vorgesehen in Uitikon.

Laut Gemeindegesezt Bruno Bauer wurde in der Nacht auf Dienstag das Haus von «Uto Kulm»-Hotellier Giuseppe Fry von Sprayern verunstaltet. Auf dem Gelände des «Giardino Verde» habe man ungebundene Gäste gesichtet und vertrieben. Fry ist für das Catering im «Giardino Verde» – eine Gärtnerei und ein Eventlokal in einem – zuständig. Bereits in der Nacht zuvor waren das Gemeindehaus und weitere Gebäude mit linksautonomen Parolen wie «Feuer und Flamme dem Patriarchat» verschmiert worden.

## Randale angekündigt

Verursacher sind Gegner des für Samstag geplanten Antifeminismus-Treffens im «Giardino Verde», die Randalen für diesen Tag angekündigt haben. Zum Treffen aufgerufen hat die IG Antifeminismus (IGAF) von René Kuhn, Ex-Präsident der Stadtluzerner SVP, der 2009 mit seinen Äusserungen zu Schweizer Frauen für Schlagzeilen gesorgt hat. Er bezeichnete Feministinnen als zerlumpte Vogelscheuchen. Nach eigenen Aussagen geht es ihm um eine Gleichstellung des Mannes in Bereichen wie dem Sorgerecht. Rund 150 Anmeldungen sind laut Kuhn für Samstag eingegangen.



Verunstaltete Fassade des Gemeindehauses Uetikon. (Matthias Kessler)

Die IGAF wolle Gewalt keine Plattform bieten, heisst es nun in einer Mitteilung der Organisation vom Dienstag. Ausgestiegen waren am Tag zuvor auch die Betreiber des «Giardino Verde». Nach ausgiebigen Diskussionen seien die IGAF und auch der Caterer zum Schluss gekommen, dass das Treffen nicht in Uitikon stattfinden werde, heisst es in der

Mitteilung weiter. Es ist nicht das erste Mal, dass die Antifeministen auf Widerstand stossen. Ursprünglich hätte das Treffen in einem Restaurant in Zürich stattfinden sollen. Doch auch dieses hatte seine Zusage zurückgezogen. Zudem verweigerte die Zürcher Kantonalbank vor kurzem die Eröffnung eines Kontos für die IGAF. (mke/sda)

## Carl Hirschmann

### Fertig Party im «Saint Germain»

Der Nachtclub Saint Germain an der Zürcher Bahnhofstrasse schliesst seine Pforten. Betreiber Carl Hirschmann hat beschlossen, den Betrieb zum 1. Januar 2011 einzustellen, wie sein Mediensprecher am Dienstag mitteilte. Was mit dem Clublokal im Bally-Gebäude geschehen soll, ist noch unklar. Möglich sei ein Verkauf, die Vermietung an einzelnen Abenden oder eine Umnutzung. Selbst eine spätere Wiedereröffnung schliesst Hirschmann nicht aus. Der Mietvertrag für die Räumlichkeiten läuft noch bis Ende 2014. Hirschmann will sich in Zukunft vor allem um die Immobilienfirma kümmern, die er 2009 mit seinem inzwischen verstorbenen Vater und seinem Bruder gegründet hatte. (sda)

## Gesundheitsberufe

### Für mehr Nachwuchs

Der Spitex-Verband Kanton Zürich und Curaviva, Verband der Heime und Institutionen, Kanton Zürich, haben den gemeinsamen Lehrbetriebsverband Spicura gegründet. Dieser bietet ab August 2011 20 neue Ausbildungsstellen für Fachfrauen/Fachmänner für Gesundheit (FaGe). Die beiden Verbände wollen damit die Ausbildungsbereitschaft fördern und die Anzahl der Lernenden bei Spitex-Organisationen und im Langzeitpflegebereich markant erhöhen. Spicura wählt die Lernenden aus, übernimmt die Administration und Ausbildungsplanung, pflegt Kontakte zu Eltern, Schulen und Behörden und betreut die Auszubildenden. (sda)